

Newsletter des GEW Kreisverbandes Bergstraße – April 2019

- 1) Tarifabschluss: Insgesamt 8 Prozent mehr Geld in drei Schritten
- 2) Fridays for Future: GEW Wiesbaden ruft die Kolleg*innen zur Teilnahme an den Demos auf
- 3) Solidarität mit Attac
- 4) Unter 18 nie! Keine Minderjährigen in der Bundeswehr!
- 5) Verschiedenes
- 6) Termine

1) Insgesamt 8 Prozent mehr Geld in drei Schritten

Landesticket wird bis Ende 2021 fortgeführt - Tarifinfo 3 | April 2019



Nach schwierigen Verhandlungen haben sich am 29. März 2019 GEW, ver.di und die anderen Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes mit dem Land Hessen in Dietzenbach auf höhere Einkommen für die rund 45.000 Tarifbeschäftigten des Landes geeinigt. Die Einkommen der Beschäftigten werden in drei Schritten erhöht. Zum 1. März 2019 steigen die Entgelte im Gesamtvolumen um 3,2 Prozent, zum 1. Februar 2020 um weitere 3,2 und zum 1. Januar 2021 um weitere 1,4 Prozent.

Ab dem 1. Januar 2021 liegen die Entgelte damit durchschnittlich um 8 Prozent höher als im Februar 2019. Die Laufzeit der Regelung beträgt 33 Monate. Ab Oktober 2021 kann über die nächste Entgelterhöhung verhandelt werden.

Der Verhandlungsführer der GEW, Daniel Merbitz (GEW Hauptvorstand), erklärte dazu: „Die Verhandlungen waren zäh und schwierig, weil der Arbeitgeber unsere Forderung nach einem Mindestbetrag zunächst strikt ablehnte. Doch am frühen Morgen konnten wir uns schließlich auf eine Lösung einigen, die dem Abschluss mit den anderen Bundesländern nahezu entspricht. Dies hält dem Land auch weiterhin die Möglichkeit offen, ernsthaft über eine Rückkehr in die ‚Tarifgemeinschaft deutscher Länder‘ (TdL) zu verhandeln, wie es der Koalitionsvertrag verspricht. Das ist ein sehr positives Ergebnis.“

Wie steigen die Gehälter? Tabellen und mehr im **Tarifinfo 3** unter [Tarifrunde 2019](#)

2) GEW Wiesbaden-Rheingau unterstützt FridaysForFuture

31.03.2019: Aufruf zur Solidaritätsdemonstration der Lehrer*innen

Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Wiesbaden-Rheingau unterstützt die Schülerbewegung FridaysForFuture.



„Wir sind beeindruckt von dem gesellschaftlichen und politischen Engagement unsere Schülerinnen und Schülern“, erklärt Johanna Browman, Vorsitzende des Kreisverbands. Es ist den Jugendlichen nicht nur gelungen, ein Thema für sich zu entdecken. Sie haben es zudem geschafft, dieses über einen inzwischen beachtlichen Zeitraum in eine breite Bewegung zu überführen.

Regelrecht mustergültig erfüllen sie die Ansprüche des hessischen Schulgesetzes (§2, Absatz 2) an sie, indem sie

- die Grundrechte für sich und andere wirksam werden lassen
- staatsbürgerliche Verantwortung übernehmen - sowohl durch individuelles Handeln als auch durch die Vertretung gemeinsamer Interessen mit anderen zur demokratischen Gestaltung des Staates und einer gerechten und freien Gesellschaft beitragen
- die Auswirkungen des eigenen und gesellschaftlichen Handelns auf die natürlichen Lebensgrundlagen erkennen und die Notwendigkeit sehen, diese Lebensgrundlagen für die folgenden Generationen zu erhalten, um der gemeinsamen Verantwortung dafür gerecht werden zu können
- Selbst in der Form der Umsetzung dessen agieren sie vorbildhaft (§2, Absatz 3), denn sie zeigen
- sowohl den Willen, für sich und andere zu lernen und Leistungen zu erbringen, als auch die Fähigkeit zur Zusammenarbeit und zum sozialen Handeln zu entwickeln
- dass sie Konflikte vernünftig und friedlich lösen können, aber auch Konflikte ertragen lernen
- sich gut informiert und bilden eine eigenständige Meinung, die sie dann auch im Austausch mit Andersdenkenden vertreten
- Kreativität und Eigeninitiative

Viele Lehrerinnen und Lehrer haben dies in den letzten Wochen sehr wohlwollend begleitet.

Doch nun ist es an der Zeit, sich auch offen mit den Schülerinnen und Schülern zu solidarisieren.

„Wir sind stolz auf diese junge Generation, ihr politisches Engagement und ihre freundliche, aber bestimmte Art der Durchsetzung ihrer Ideen“, erklärt Chris Hahn, Vorsitzender der GEW Wiesbaden. „Wir wollen unseren Schülerinnen und Schüler noch deutlicher signalisieren, dass wir ihre Anliegen teilen und ihre Aktionen wertschätzen.“

Die GEW Wiesbaden-Rheingau ruft daher ihre Kolleginnen und Kollegen auf, sich an der geplanten Demonstration zu beteiligen.

Treffpunkt: Wiesbadener Hauptbahnhof, 12.04.2019 um 12 Uhr

3) Solidarität mit Attac – Hände weg von der Gemeinnützigkeit kritischer Organisationen

Das Urteil des Bundesfinanzhofs (BFH) vom 26. Februar greift unsere Demokratie an und wir müssen uns gemeinsam dagegen wehren. Schon viele Verbände und Organisationen haben ihre Solidarität mit Attac erklärt. Die GEW Bergstraße reiht sich in diese Solidaritätsbekundungen ein und erklärt, dass auch wir uns für den Erhalt der Gemeinnützigkeit von Attac einsetzen werden. Wir verurteilen den Versuch, einer kritischen Organisation ihre gewachsenen Strukturen zu entziehen, ihrer Finanzierungsmöglichkeiten zu berauben und protestieren mit aller Vehemenz gegen das Urteil des Bundesfinanzhofes.

Der KV Bergstraße kooperiert seit Jahren mit der Ortgruppe von Attac und auf Basis dieser Zusammenarbeit konnten bereits viele Veranstaltungen realisiert werden. So wurden allein im letzten Jahr mehrere sehr gut besuchte Vortragsveranstaltungen zu gesellschaftskritischen Themen wie „soziale Ungerechtigkeit“ und „alternative Wirtschaftsformen“ organisiert, die federführend von Attac Bergstraße initiiert worden sind. So konnte es gelingen, Persönlichkeiten wie Butterwegge, Bosbach oder Felber an die Bergstraße zu holen. Die GEW Bergstraße ist auf einen derartigen Partner angewiesen und profitiert enorm von ihm. Diese Kooperation sollte unbedingt aufrecht erhalten bleiben. Durch die Aberkennung der Gemeinnützigkeit wird Attac es in Zukunft sicher deutlich schwerer haben, sich zu finanzieren und dadurch sehen wir die Gefahr, dass solche gewinnbringenden Veranstaltungen in Zukunft nicht mehr stattfinden könnten. Daher ist es uns ein wichtiges Anliegen, unseren Kooperationspartner mit den uns zur Verfügung stehenden Mitteln zu unterstützen. Das bedeutet für uns zweierlei: a) Offene und laute Solidaritätsbekundungen sowie b) mögliche finanzielle Unterstützung vor Ort.

Daher hat der Kreisvorstand in seiner letzten Sitzung beschlossen, eine Pressemitteilung zu veröffentlichen, in der die Aberkennung der Gemeinnützigkeit von Attac kritisiert, die Solidarität mit Attac unterstrichen und erklärt wird, dass wir einen derartigen Angriff auf die demokratische Teilhabe nicht hinnehmen werden. Auch werden wir eine Resolution zu dem Thema im Bezirksvorstand Südhessen einbringen.

Um ein starkes Signal zu setzen, fordert der Kreisvorstand Bergstraße daher seine Mitglieder auf, sich dem Versuch, eine kritische Organisation mundtot zu machen, entgegenzutreten. Daher erst recht und gerade jetzt:

Wir alle werden Mitglied bei Attac!

<https://www.attac.de/aktiv-werden/mitglied-werden/>



4) Unter 18 nie! Keine Minderjährigen in der Bundeswehr! Bündnis startet Kampagne anlässlich des Girls' Day und der Angebote der Bundeswehr

Anlässlich des Girls' Day hat ein neues Bündnis mehrerer Organisationen heute die Werbung der Streitkräfte bei Schülerinnen für den Beruf der Soldatin und die Rekrutierung Minderjähriger in Deutschland scharf kritisiert. Unter Überschriften wie „Ein Tag als Soldatin“ oder „Attraktive Uniformen“ werben über 100 Einrichtungen der Bundeswehr für mehr als 3.600 Angebote zum bundesweiten Tag der Berufsorientierung für Mädchen ab der fünften Klasse. 2018 hat die Bundeswehr 1679 minderjährige Soldaten eingestellt, darunter 313 Mädchen. Dagegen protestiert die heute gestartete Kampagne „Unter 18 nie! Keine Minderjährigen in der Bundeswehr“, in der sich dreizehn Friedens-, Kinderrechts, Bildungs- und kirchliche Organisationen zusammengeschlossen haben.



„Die Bundeswehr ist kein Arbeitgeber wie jeder andere. Das muss bei der Berufsorientierung junger Mädchen überkommen“, unterstrich Ilka Hoffmann, Vorstandsmitglied der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) für Schule. „Bereits 15-jährige Mädchen werden für einen Beruf umworben, der viele Risiken mit sich bringt – von Traumatisierungen bis hin zum Tod“, sagte Hoffmann. Mögliche persönliche Folgen würden bei diesen Angeboten ebenso verharmlost wie die verheerenden Auswirkungen von Kriegen für die Zivilbevölkerung. „Diese Desinformation junger Menschen muss beendet werden. Das Vorgehen lehnen wir aus politischen, pädagogischen und kinderrechtlichen Gründen ab“, betonte die GEW-Schulexpertin.

„Jedes Jahr kommt es bei der Bundeswehr zu schweren Rechtsverstößen und Kinderrechtsverletzungen“, sagte Ralf Willinger, Kinderrechtsexperte beim Kinderhilfswerk terre des hommes. „So waren in den Jahren 2017 und 2018 minderjährige oder gerade volljährig gewordene Soldatinnen und Soldaten bei der Bundeswehr von sexualisierten Ritualen, sexueller Belästigung und Vergewaltigung betroffen. Bei Bundeswehrübungen kam es zudem zu schweren Verletzungen und Todesfällen von Soldatinnen und Soldaten. Das zeigt: Eine Armee ist kein Platz für Kinder und Jugendliche! Wir fordern die Bundesregierung auf, die Rekrutierung von minderjährigen Soldatinnen und Soldaten sofort einzustellen, die militärische Werbung bei Schülerinnen und Schülern zu beenden und die Kinderrechte zu schützen und einzuhalten“.

Auch die Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK) monierte die Praxis der Rekrutierung Minderjähriger. „Es ist skandalös, dass die deutsche Armee seit 2011 11.500 Minderjährige an der Waffe ausgebildet hat“, stellte Michael Schulze von Glaßer, politischer Geschäftsführer der DFG-VK, fest. Etwa ein Fünftel der jungen Menschen seien in den letzten beiden Jahren Mädchen gewesen. „Die zunehmende Zahl Minderjähriger beim Militär ist Folge der massiven Werbung in Schulen, Arbeitsagenturen, auf Messen, im Internet und im Rahmen von Angeboten der Berufsorientierung wie dem Girls' Day. Dieser Militarisation öffentlicher Räume wollen wir Einhalt gebieten“, so Glaßer.

Zur Information

Die Träger der **Kampagne „Unter 18 nie! Keine Minderjährigen in der Bundeswehr“** werden sich in den kommenden Jahren durch Aktionen, Informations- und Lobbyarbeit für die Anhebung des Rekrutierungsalters für den Militärdienst auf 18 Jahre sowie für ein Verbot von Bundeswehrwerbung bei Minderjährigen engagieren. Siehe auch www.unter18nie.de. **Acht Kultusministerien** haben mit der Bundeswehr eine **Kooperationsvereinbarung abgeschlossen**, die den Zugang von Jugendoffizieren in den Unterricht, in Ausbildungsveranstaltungen von Lehrkräften oder exklusive Informationsmöglichkeiten für die Bundeswehr regeln.

Die **Jugendoffiziere** der Bundeswehr haben 2017 mehr als **122.000 Schülerinnen und Schüler** erreicht. Weitere über **111.000 Schülerinnen und Schüler** haben über Beratung und Vorträge von **Karriereberatern** Kontakt zur Bundeswehr gehabt. Der **Etat für die Nachwuchswerbung** der Bundeswehr lag 2017 bei **35,2 Millionen Euro**.

5) Verschiedenes

Aktualisierung eurer Mitgliedsdaten: Bitte denkt daran, alle Änderungen eurer persönlichen Daten (z.B. Anschrift, Mailadresse, Schule, Bezüge, Arbeitszeit etc.) auch bei der *Mitgliederverwaltung* zu melden. Nur wer richtig gemeldet ist, genießt auch den vollen Schutz seiner Gewerkschaft! (Mail an mitgliederverwaltung@gew-hessen.de)

Homepage des KV Bergstraße: Dort findet ihr aktuelle Informationen, Hinweise und Links zu diversen Themen wie FridaysForFuture, Tarifverhandlungen, 100 Jahre Frauenwahlrecht etc.

Auch findet ihr dort Berichte vom Weltfrauentag, der Wochen gegen Rassismus, den Veranstaltungen im Vorfeld der Tarifverhandlungen und einen Jahresrückblick 2018. Schaut doch einfach mal rein: <http://www.gew-bergstrasse.de/>

6) Termine

- **12. April – FridaysForFuture**
- **1. Mai – Tag der Arbeit – Kundgebung in Heppenheim, 10.30 Uhr
Bahnhofvorplatz Heppenheim**
- **23. Mai – Sommerfest des KV Bergstraße in Bensheim, 16.30 Uhr Grillhütte
am Sportpark in Bensheim (hinter dem FSG Gelände)**
- **24. September - Vortrag "Haltung statt Zurückhaltung" an der GSS Bensheim**
- **November – Aktionstag: A13 für alle!**